

29 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP

Nachdruck vom 20. 12. 1994

Regierungsvorlage

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Albanien über die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen

Die Republik Österreich und die Republik Albanien, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind

- vom Wunsche geleitet, die bestehenden bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu verstärken,
- im Bestreben, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu fördern,
- in der Überzeugung, daß das vorliegende Abkommen eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen schafft,
- ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,
- im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften,

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften ihre bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten erleichtern und fördern.

Artikel 2

(1) Die Republik Österreich und die Republik Albanien gewähren einander die Meistbegünstigung im Umfang von Art. I und V Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben sowie des Erhebungsverfahrens für solche Zölle und sonstige Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß die Meistbegünstigung sich insbesondere nicht auf Zugeständnisse, Vorteile oder Befreiungen bezieht, die eine der Vertragsparteien gewährt oder gewährt wird:

- a) Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs,
- b) Staaten, die mit ihr einer Zollunion oder einer Zone des freien oder präferentiellen Handels angehören, die bereits besteht oder in Zukunft geschaffen wird,
- c) Drittstaaten in Anwendung multilateraler Abmachungen, an denen die andere Vertragspartei nicht teilnimmt.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit insbesondere in folgenden Bereichen fördern:

- Land- und Forstwirtschaft, Agrar- und Forsttechnik, Maschinen und Ausrüstungen,
- Lebensmittelindustrie; Verbesserung der Verarbeitung, Lagerung und Verpackung landwirtschaftlicher Produkte,
- Leichtindustrie, einschließlich Produktion und Lohnfertigung qualitativ hochwertiger und auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger Textil-, Bekleidungs- und Lederwaren,

- Energiewesen; Aufsuchung, Gewinnung, Be- und Verarbeitung, Transport, Lieferung und Vermarktung von Erdöl, Erdgas und anderen Energieträgern,
- Errichtung, Ausbau und Revitalisierung von Energiesystemen, einschließlich Kleinwasserkraftwerken,
- Metallurgie und metallbearbeitende Industrie, einschließlich Buntmetallurgie,
- Aufsuchung, Gewinnung, Be- und Verarbeitung und Vermarktung von Bergbauprodukten und mineralischen Rohstoffen,
- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen in allen Wirtschaftsbereichen, auch unter Teilnahme von Drittstaaten,
- Bauwesen; Herstellung von Baumaterialien und Ausrüstungen,
- chemische Industrie einschließlich Produktion von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln,
- Gesundheitswesen, medizinische und pharmazeutische Industrie, einschließlich Pflanzen und Pflanzenteile,
- Umwelt-, Natur-, Landschafts- und Bodenschutz einschließlich Produktion biologischer Pflanzenschutzmittel,
- Be- und Verarbeitung von Baumwolle,
- Planung, Errichtung und Betrieb von Hotels, Bürogebäuden und Freizeiteinrichtungen,
- Technologie- und Know-how-Transfer, angewandte Forschung; Austausch von Lizenzen und Patenten,
- Normen- und Richtlinienwesen,
- Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau, Automation bestehender Anlagen,
- elektronische und elektrotechnische Industrie,
- elektrische Geräte und Haushaltstechnik,
- finanzielle und Bankdienstleistungen, Marketing, Consulting und sonstige Dienstleistungen,
- Berufsausbildung und Managementschulung,
- Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Seminaren, Austausch von Wirtschaftsmissionen und Experten,
- Austausch von juristischen, wirtschaftlichen, statistischen und technischen Informationen, Dokumentationen und Publikationen.

(2) In allen Bereichen der Zusammenarbeit sollen die Projekte grundsätzlich nach den höchsten Standards der Umwelttechnologien verwirklicht werden.

Artikel 4

Die Vertragsparteien werden im Bewußtsein der Notwendigkeit der Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme höchstes Interesse der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen widmen:

- Eisenbahn,
- Telekommunikation,
- Recycling und Abfallverwertung,
- Bodenverbesserung,
- Wasserwirtschaft,
- Hafen- und Flughafenwesen,
- Luftfahrt.

Artikel 5

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Tourismus zur Vertiefung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen wesentlich beitragen kann.

(1) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern.

(2) Die wirtschaftliche, technische und fachliche Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes erfolgen und auf Qualität im Tourismus Bedacht nehmen.

Artikel 6

Der Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Republik Albanien erfolgt in Übereinstimmung mit den in jedem der beiden Staaten jeweils in Kraft stehenden Rechtsvorschriften in frei konvertierbarer Währung.

Artikel 7

(1) Der Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens wird entgeltlich durchgeführt.

(2) Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten erfolgt zu marktgerechten Preisen.

(3) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften können die Unternehmen beider Vertragsparteien zur Erhöhung des Warenaustausches und zur Erweiterung der Warenvielfalt in jeder beliebigen Form, wie beispielsweise Barter- und Countertrading, Handel entsprechend den internationalen Handelsgebräuchen und Finanzpraktiken treiben.

Artikel 8

(1) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, sobald eine Ware im Handel zwischen ihnen in solchen Mengen oder zu solchen Preisen oder unter solchen Bedingungen eingeführt wird, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren eine schwerwiegende Schädigung verursacht wird oder verursacht zu werden droht.

(2) Stellen die Vertragsparteien in diesen Konsultationen einvernehmlich fest, daß eine im Abs. 1 genannte Situation besteht, so werden die Ausfuhren beschränkt oder andere Maßnahmen getroffen, um eine Schädigung zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, so steht es der Vertragspartei, welche die Konsultationen beantragt hat, frei, die Einfuhren der betreffenden Waren soweit und so lange zu beschränken, wie dies zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich ist. Der anderen Vertragspartei steht es dann frei, von ihren Verpflichtungen gegenüber der ersten Vertragspartei für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

(4) In Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde, können vorläufige Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen getroffen werden. In diesem Fall setzt jene Vertragspartei, die die vorläufigen Maßnahmen ergriffen hat, die andere Vertragspartei davon unverzüglich und schriftlich in Kenntnis. Danach sind sofort Konsultationen aufzunehmen.

(5) Bei der Auswahl von Maßnahmen nach diesem Artikel bevorzugen die Vertragsparteien Maßnahmen, die das Weiterfunktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

Artikel 9

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen an.

Artikel 10

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

(2) Im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften und auf Grund der vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Unternehmen empfehlen die Vertragsparteien

- a) die Regelung von Streitfragen zwischen Unternehmen im Zusammenhang mit Handels- und Kooperationsgeschäften sowie bei der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen der Vertragsparteien durch Schiedsgerichte,
- b) die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht ausgearbeiteten Schiedsregeln oder die Einschaltung eines Schiedsgerichts entsprechend dem Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

Artikel 11

Die während der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens von den Unternehmen beider Staaten übernommenen Rechtsverbindlichkeiten bleiben vom Ablauf oder einer Änderung des vorliegenden Abkommens unberührt.

Artikel 12

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird eine „Gemischte Kommission“ errichtet, welche auf Vorschlag einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder nach Albanien einberufen wird.

(2) Zu den Aufgaben dieser Gemischten Kommission gehören insbesondere:

- a) Erörterung der Entwicklung und des Standes der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen,
- b) Aufzeigen neuer Möglichkeiten zur Förderung der zukünftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit,
- c) Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung der Bedingungen der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Staaten,
- d) Unterbreitung von Empfehlungen zur Anwendung dieses Abkommens.

(3) Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung oder Auslegung des vorliegenden Abkommens sollen durch Verhandlungen im Rahmen der Gemischten Kommission beigelegt werden.

Artikel 13

(1) Mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Beitritts zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) oder einer dieser nachfolgenden Organisation sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem sich dadurch ergebenden Rechtsbestand unvereinbar ist.

(2) In diesem Fall werden die Vertragsparteien gemeinsam die weitergeltenden Bestimmungen des vorliegenden Abkommens feststellen.

Artikel 14

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer eines Jahres abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

(2) Das vorliegende Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens verliert das „Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien für die Jahre 1986—1990“ vom 6. März 1986 seine Wirksamkeit.

Geschehen zu Wien, am 29. März 1994, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und albanischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Wolfgang Schüssel

Für die Republik Albanien:

Selim Bolortaja

29 der Beilagen

5

M A R R E V E S H J A
ndermjet
REPUBLIKES SE AUSTRISSE DHE REPUBLIKES SE SHQIPERISE
MBI MARREDHENIET EKONOMIKE DY PALESHE

Republika e Austrise dhe Republika e Shqiperise te cilat me poshte do te quhen "Pale Kontraktuese",

- nisur nga deshira per te forcuar marredheniet ekzistuese ekonomike dypaleshe,

- me qellim mxitjeje per shkembimin e mallrave, bashkepunimin ekonomik, industrial dhe teknik mbi bazen e barazise dhe te leverdise reciproke,

- me bindjen se Marreveshja e paraqitur krijon premisa te favorshme dhe baza te pershtatshme per zhvillimin e metejshem te marrdhenieve ekonomike dypaleshe,

- nisur nga parimet e ekonomise se tregut,

- ne kuadrin e legjislacioneve ne fuqi ne te dy shtetet, u moren vesh si me poshte vijon:

N E N I 1

Palet kontraktuese ne kuadrin e legjislacioneve ne fuqi ne shtetet perkatese, do te lehtesojne dhe nxitin marredheniet e tyre ekonomike dypaleshe ndermjet ndermarrjeve, organizatave, shoqerive dhe institucioneve te quajtura ne vijim "Ndermarrje".

N E N I 2

1. Republika e Austrise dhe Republika e Shqiperise do te trajtojne njera tjetren sipas parimit te kombit me te favorizuar ne lidhje me doganat dhe taksat e tjera si edhe per procedurat qe vendosen per te tilla dogana e tatime te tjera qe vihen me kete rast mbi importin ose eksportin e mallrave, mbi bazen e nenit 1 dhe 5 te Marreveshjes se Pergjithshme te Tarifave dhe Tregtise (GATT).

2. Palet kontraktuese bien dakord qe parimi i kombit me te favorizuar nuk ka lidhje me leshime, avantazhe apo çlirime, qe nje prej paleve kontraktuese u siguron ose do t'u siguroje:

- a) Shteteve fqinje per lehtesimin e qarkullimit kufitar.
- b) Shteteve me te cilat ajo ka ose do te arrije ne te ardhmen, nje bashkim doganor ose nje zone te lire tregtie ose preferenciale.
- c) Shteteve te treta ne zbatim te marreveshjeve shumepaleshe ne te cilat pala tjeter kontraktuese nuk merr pjese.

N E N I 3

1. Palet kontraktuese do te nxitin bashkepunimin ekonomik, industrial e teknik ne kuadrin e mundesive te tyre dhe legjislacioneve ne fuqi te secilit shtet, veçanerisht ne fushat e meposhtme:

- Bujqesi dhe ekonomi pyjore, teknike bujqesore dhe pyjore, makineri dhe pajisje.
- Industri ushqimore, permiresimi i perpunimit, magazinimit dhe paketimit te prodhimeve bujqesore.
- Industri e lehte, duke perfshire edhe prodhimin me material te porositesit, te tekstileve, konfeksioneve dhe prodhim lekure me cilesi te larte dhe me aftesi konkurruese ne tregun boteror.
- Energjitike: kerkimi, nxjerrja, perpunimi, transporti, livrimi dhe tregtimi i naftes, gazit natyror etj.
- Ngritja, zgjerimi dhe rivitalizimi i sistemeve energjitike duke perfshire edhe hidrocentralet e vogla.
- Metalurgji dhe industri mekanike dhe perpunuese duke perfshire edhe metalurgjine me ngjyra.
- Kerkimi, nxjerrja, perpunimi dhe tregtimi i mineraleve dhe e lendeve te para nentokesore.
- Krijimi i ndermarrjeve te perbashketa dhe investimeve te drejtperdrejta ne te gjitha fushat ekonomike me pjesemarrjen e shteteve te treta.
- Ne fushen e ndertimit: prodhimi i materialeve dhe pajisjeve te ndertimit.
- Industri kimike duke perfshire prodhimin e plehrave dhe insekticideve.

29 der Beilagen

7

- Ne fushen e shendetesise: industria mjeksore dhe farmaceutike duke perfshire bimet dhe pjeset e tyre.
- Mbrojtja e mjedisit, e natyres, pejsazhit dhe tokes duke perfshire insekticide biologjike.
- Perpunim pambuku.
- Projektimi, ndertimi, venia ne shfrytezim e hoteleve, ndertesave administrative, mjeksore çlodhese.
- Transferimi i teknologjise dhe Know-how, shkencave te aplikuara, shkembimi i licensave dhe patentave.
- Sistemi i normave dhe udhezimeve.
- Rivitalizimi, modernizimi, zgjerimi, automatizimi i impianteve ekzistuese.
- Industria elektroteknike dhe elektronike.
- Pajisje elektro-shtepiake.
- Sherbime ne fushen e financave dhe sistemi bankar, marketing, konsultime etj.
- Formimi profesional dhe shkollimi i menazhereve.
- Organizimi i panairove, ekspozitave, seminareve, shkembimi i misioneve ekonomike dhe eksperteve.
- Shkembimi i informacioneve, dokumentave dhe botimeve ne fushen juridike, ekonomike, statistike dhe teknike.

2. Ne te gjitha fushat e bashkepunimit, projektet duhet te zbatohen ne baze te standarteve me te larta te teknologjive te mjedisit.

N E N I 4

Palet kontraktuese te ndergjegjishme per domosdoshmerine e realizimit te sistemeve infrastrukturore ekonomikisht te arsyeshme ekologjikisht kohore do t'i kushtojne interes te larte bashkepunimit ne fushat qe vijojne :

- Hekurudhat
- Telekomunikacioni
- Riqarkullimi dhe vleresimi i mbeturinave
- Permiresimi i tokes
- Ekonomite ujore
- Portet dhe aeroportet

N E N I 5

Palet kontraktuese bien dakord qe Turizmi mund te kontribuojë ne thelb ne zgjerimin e marredhenieve ekonomike dypaleshe.

1. Te dy Palet Kontraktuese do te nxitin turizmin ne kuadrin e rregullave ligjore ne fuqi ne secilin shtet dhe ne baze te rekomandimeve te Konferences se Kombeve te Bashkuara mbi turizmin dhe udhetime te nderkombetare.

2. Bashkepunimi ekonomik, teknik dhe profesional per projektet mbi turizmin si dhe per zgjerimin e infrastruktures perkatese do te kryhet ne baze te parimeve te mbrojtjes se mjedisit dhe turizmit cilesor.

N E N I 6

Pagesat ndermjet Republikes se Austrise dhe Republikes se Shqiperise do te kryhen ne valute lirisht te konvertueshme, ne perputhje me legjislacionet, qe jane ne fuqi perkatesisht ne secilin nga te dy shtetet.

N E N I 7

1. Shkembimi i mallrave dhe bashkepunimi ekonomik, industrial e teknik ne kuadrin e kesaj Marreveshjeje do te kryhet kundrejt pageses.

2. Tregtia ndermjet Ndermarrjes te te dy shteteve kryhet sipas çmimeve perkatese te tregut.

3. Ne kuadrin e legjislacioneve ne fuqi ne secilin shtet Ndermarjet e Paleve Kontraktuese mund te tregtojne sipas normave tregtare dhe praktikave financiare nderkombetare per te rritur shkembimin e mallrave dhe per te zgjeruar gamen e mallrave ne çfardo forme si: barter, kompensime etj.

29 der Beilagen

9

N E N I 8

1. Palet Kontraktuese do te konsultohen, sapo ne tregtine ndermjet tyre, importohet ndonje mall ne sasi me cmime ose ne kushte te tilla, qe u shkakton ose kercenon tu shkaktoje detyrimet prodhuesve vendas te mallrave te njejta ose te drejtpendrejte te konkurueshme.

2. Kur Palet Kontraktuese ne keto konsultime konstatojne bashkarisht, se ekziston nje situatë sic percaktohet ne Paragrafin 1, atehere do te kufizohen eksportet ose do te merren masa te tjera me qellim qe te menjanohet ose te eliminohet demit.

3. Kur Palet Kontraktuese nuk bien dakord, atehere Pala Kontraktuese e cila ka kerkuar konsultimet, mund te kufizojë importimet e mallrave ne fjale ne ate mase dhe per aq kohe, sa do te jete e nevojshme per menjanimin dhe kapercimin e demit. Atehere Pala tjeter kontraktuese mund te mos realizojë detyrimet e saj kundrejt Pales se pare Kontraktuese me per afersisht te njejtin volum tregtar shkembimesh.

4. Ne rastet, ne te cilat nje vonese do te shkaktojë nje dem te rende, mund te merren masa te perkohshme pa konsultime paraprake. Ne kete rast Pala Kontraktuese e cila ka marre masat e perkohshme, ve ne dijeni pa vonese dhe me shkrim per kete, Palen tjeter Kontraktuese. Pastaj do te ndermerren menjehere konsultime.

5. Gjate zgjedhjes se masave sipas ketij neni, Palet Kontraktuese u japin perparesi masave, te cilat demtojne sa me pak funksionimin e metejshem te kesaj Marreveshjeje.

N E N I 9

Palet Kontraktuese njohin dobine dhe domosdoshmerine e nje pjesemarrjeje me te madhe te ndermarrjeve te vogla dhe te mesme ne marredheniet ekonomike dypaleshe.

10

29 der Beilagen

N E N I 10

1. Palet Kontraktuese per mosmarreveshjet u rekomandojne ndermarrjeve se pari zgjidhje miqesore me mirekuptim te te dy paleve.

2. Ne kuadrin e legjislacioneve qe jane ne fuqi ne te dy shtetet dhe ne baze te marreveshjeve kontraktuale ndermjet ndermarrjeve, Palet Kontraktuese rekomandojne :

a) Rregullimin e mosmarreveshjeve ndermjet ndermarrjeve qe lidhen me biznes tregtie dhe kooperimi si edhe ne rastin e krijimit te ndermarrjeve te perbashketa dhe te investimeve te drejtperdrejta te Paleve Kontraktuese, nepermjet arbitrazheve.

b) Zbatimin e rregullave gjyqesore te percaktuara nga Komisioni i Kombeve te Bashkuara per te drejten tregtare nderkombetare, ose nderhyrjen e nje gjykate arbitrazhi sipas marreveshjes mbi njohjen dhe ekzekutimin e vendimeve te arbitrazhit te huaj.

N E N I 11

Detyrimet ligjore te ndermarra nga ndermarrjet e te dy shteteve, gjate periudhes se vlefshmerise te kesaj Marreveshje mbeten pa u prekur pas skadimit te afatit te vlefshmerise te kesaj Marreveshjeje apo ndonje ndryshimi te saj.

N E N I 12

1. Me Marreveshjen qe paraqitet do te ngrihet nje "Komision i Perbashket", i cili me propozimin e njeres prej Paleve Kontraktuese do te thirret alternativisht ne Austri ose Shqiperi.

2. Nder detyrat e ketij Komisioni te Perbashket perfshihen sidomos:

a) Shqyrtimi i gjendjes dhe i zhvillimit te Marredhenieeve

29 der Beilagen

11

ekonomike dypaleshe.

b) Gjetja e mundesive te reja per nxitjen e bashkepunimit ekonomik ne te ardhmen.

c) Hartimi i propozimeve per permiresimin e kushteve te bashkepunimit ekonomik, industrial dhe teknik ndermjet ndermarrjeve te te dy shteteve.

d) Paraqitja e rekomandimeve per zbatimin e kesaj Marreveshjeje.

3. Mosmarreveshjet mbi zbatimin ose interpretimin e kesaj Marreveshjeje, do te zgjidhen nepermjet bisedimeve ne kuadrin e Komisionit te Perbashket.

N E N I 13

1. Me pjesemarrjen e nje Pale ose te te dyja Paleve Kontraktuese ne Bashkesine Ekonomike Europiane ose ne nje organizim te mevonshem, Palet Kontraktuese do te clirohen nga ato pika te kesaj Marreveshjeje te cilat bien ne kundershtrim me marreveshjet e nenshkruara me organizatat e mesiperme.

2. Ne kete rast Palet Kontraktuese do te percaktojne se bashku cilat do te jene pikat qe do te mbeten ne fuqi nga kjo Marreveshjeje.

N E N I 14

1. Kjo Marreveshjeje perfundohet per nje periudhe njevjeçare dhe zgjatet perkatesisht edhe nje vit me tej, ne rast se nuk denoncohet me shkrim ne rruge diplomatike nga njera prej te dyja Paleve Kontraktuese tre muaj para skadimit te vlefshmerise se saj.

2. Kjo Marreveshjeje hyn ne fuqi ne ditën e pare te muajit te trete, qe pason muajin, kur Palet Kontraktuese te kene

12

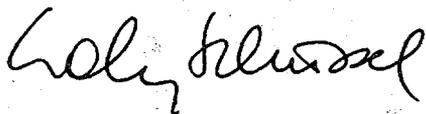
29 der Beilagen

njoftuar njeri-tjetrin, se kane plotesuar kushtet perkatese ligjore per hyrjen ne fuqi te kesaj Marreveshjeje.

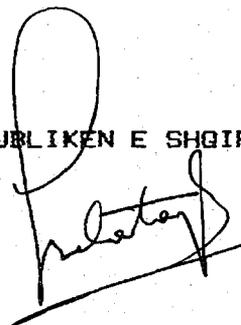
3. Me hyrjen ne fuqi te kesaj Marreveshjeje, humbet efektshmerine e saj "Marreveshja ndermjet Qeverise Federale te Austrise dhe Qeverise se Republikes Popullore Socialiste te Shqiperise per vitet 1986-1990" e dates 06.03.1986.

Bere ne Vjene, me 29.3.1994, ne dy ekzemplare origjinale secili ne gjuhen gjermane dhe shqipe, duke patur te dy tekstet vlere te barabarte.

PER REPUBLIKEN E AUSTRISE



PER REPUBLIKEN E SHQIPERISE



VORBLATT

Problem:

In Hinblick darauf, daß das im Jahr 1986 mit der damaligen Sozialistischen Volksrepublik Albanien abgeschlossene „Handels- und Zahlungsabkommen“ nur den Warenaustausch regelt und nunmehr unadministrierbar und obsolet geworden ist, ergab sich die Notwendigkeit der vertraglichen Neuregelung der außenwirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Staat.

Die Republik Albanien ist noch nicht Vertragspartner des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

Ziel:

Mit dem Abkommen über die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen soll einerseits der bilaterale Warenverkehr und andererseits auch die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit mit der Republik Albanien geregelt und ausgeweitet werden.

Durch das Abkommen räumen die Republik Österreich und die Republik Albanien einander die Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben im Umfang von Art. I und V Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) ein.

Alternative:

Nichtabschluß des Abkommens und Weiteranwendung des seinerzeit mit der Sozialistischen Volksrepublik Albanien abgeschlossenen „Handels- und Zahlungsabkommens für die Jahre 1986 bis 1990, vom 6. März 1986“, welches sich automatisch verlängert, stark von zentralverwaltungswirtschaftlichen Begriffen geprägt ist und inzwischen unadministrierbar und obsolet geworden ist bzw. Kündigung des Abkommens wegen Unvereinbarkeit mit EU-Rechtsbestand und somit ein vertragsfreier Zustand im wirtschaftlichen Bereich.

Kosten:

Das Abkommen kann im Rahmen der bestehenden Administration verwaltet werden. Durch die im Abkommen vorgesehene Errichtung einer „Gemischten Kommission“ werden keine nennenswerten Mehrkosten entstehen.

EWR bzw. EG-Kompatibilität:

Im Abkommen ist vorgesehen, daß mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. bei deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) jene Bestimmungen des Abkommens ihre Bindungswirkung für die Vertragsparteien verlieren, die mit dem neuen Rechtsbestand unvereinbar sind. Es entfällt somit die Notwendigkeit einer formellen Kündigung des Abkommens. Jene Bestimmungen, die mit dem neuen Rechtsbestand vereinbar sind, werden in einer Bestandsaufnahme durch die Vertragsparteien als weitgeltend identifiziert.

Die in den Art. 3 und 4 des vorliegenden Abkommens vorgesehene Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, industriellen und technischen Bereich, so vor allem durch die Definition chancenreicher Kooperationsbereiche und Projekte, stellt eine notwendige Ergänzung der wirtschaftsvertraglichen Beziehungen zwischen den EG und Albanien unter bewußter Inanspruchnahme des autonomen Regelungsbereiches dar.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Albanien über die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen enthält — wegen Einräumung der Meistbegünstigung an ein Nicht-GATT-Mitglied — gesetzändernde Bestimmungen und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat keinen politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Bereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Einer Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz bedarf es nicht, da keine Angelegenheiten geregelt werden, die in den selbständigen Wirkungsbereich der Länder fallen.

Dieses Abkommen soll das seinerzeit mit der Sozialistischen Volksrepublik Albanien abgeschlossene „Handels- und Zahlungsabkommen für die Jahre 1986 bis 1990, vom 6. März 1986“, welches nur den Warenaustausch geregelt hat und nunmehr unadministrativ und obsolet geworden ist, ersetzen und eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen (Präambel) schaffen.

Obwohl Albanien nicht Mitglied des GATT ist, sieht das Abkommen, in Würdigung und zur Unterstützung der bisherigen politischen und wirtschaftlichen Reformbestrebungen, die Einräumung der „Meistbegünstigung“ im Umfang von Artikel I und V GATT vor.

„Von marktwirtschaftlichen Grundsätzen ausgehend“ (Präambel) wird dieses Abkommen nicht nur den Warenaustausch, sondern auch die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit regeln.

Besonderer Teil

Zur Präambel:

Neben allgemeinen Zielsetzungen, wie dem Wunsche nach Intensivierung der bestehenden beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen sowie dem Bestreben, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit zu fördern und dem Bekenntnis zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen, ist auch ein Rechtsvorbehalt zugunsten der „im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften“ verankert.

Zu Artikel 1:

In Fortführung des Bekenntnisses zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen wird generell die Förderung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den „Unternehmen“ beider Staaten festgelegt.

Zu Artikel 2 (gesetzändernd):

Die Vertragsparteien gewähren einander im Abs. 1 die Meistbegünstigung im Umfang von Art. I und V des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

Im Abs. 2 sind die Ausnahmen vom Grundsatz der Meistbegünstigung festgelegt.

Zu Artikel 3:

Beispielhafte Anführung chancenreicher Kooperationsbereiche, wobei als Maßstab die „höchsten Standards der Umwelttechnologien“ normiert sind.

Zu Artikel 4:

Höchstes Interesse soll der Zusammenarbeit in den angeführten Infrastrukturbereichen gewidmet werden, in Hinblick auf die Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme.

Zu Artikel 5:

Beiderseitiges Bekenntnis zur Förderung des Tourismus im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften sowie der gemeinsamen internationalen Verpflichtungen der Vertragsparteien.

Die Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes erfolgen und auf die Qualität im Tourismus Bedacht nehmen.

Zu Artikel 6:

Der Zahlungsverkehr zwischen Österreich und Albanien soll in frei konvertierbarer Währung erfolgen.

Zu Artikel 7:

Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten soll zu marktgerechten Preisen erfolgen und ist in jeder beliebigen Form entsprechend den internationalen Handelsbräuchen und Finanzpraktiken möglich.

Zu Artikel 8:

Zur Vermeidung von Störungen am Inlandsmarkt sowie zum Schutz der inländischen Hersteller vor schwerwiegenden Schädigungen ist bei auftretenden Schwierigkeiten im bilateralen Handel zunächst durch die Aufnahme von Konsultationen eine gemeinsame Lösung anzustreben. Wird in den Konsultationen keine Einigung erzielt, so kann die betroffene Vertragspartei einseitige Maßnahmen setzen, soweit diese zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich sind, wobei die andere Vertragspartei dann ihrerseits die Möglichkeit hat, von ihren Verpflichtungen für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

Abs. 4 bietet die Möglichkeit der Ergreifung vorläufiger Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen in Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde.

Für die Auswahl der Maßnahmen gilt das Prinzip des jeweils gelindesten Mittels.

Zu Artikel 9:

Beiderseitiges Bekenntnis der Notwendigkeit der stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

Zu Artikel 10:

Die Beilegung von Streitfällen zwischen den Unternehmen beider Staaten soll primär durch freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen erfolgen. Die Vertragsparteien werden die Streitbeilegung durch Schiedsgerichte und die Anwendung der UNCITRAL-Schiedsregeln fördern.

Zu Artikel 11:

Abkommensänderungen oder der Ablauf seiner Gültigkeit sollen auf die Abwicklung vorher abgeschlossener Unternehmensverträge keinen Einfluß haben.

Zu Artikel 12:

Als höchstes bilaterales Wirtschaftsforum wird eine „Gemischte Kommission“ errichtet, welche auf Vorschlag einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder nach Albanien einberufen wird. Neben den beispielhaft angeführten Aufgaben, dient sie auch zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung oder Auslegungen des Abkommens.

Zu Artikel 13:

Für den Fall der Teilnahme zumindest einer Vertragspartei am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. bei deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) ist vorgesehen, daß die Vertragsparteien durch das vorliegende Abkommen insofern nicht gebunden sind, als die bestehenden Verpflichtungen mit dem jeweils geltenden Rechtsbestand unvereinbar sind. Mit dieser Bestimmung entfällt die Notwendigkeit einer formellen Kündigung des Abkommens. Die Weitergeltung der Bestimmungen des Abkommens, die nicht vom EWR- bzw. vom EG-Rechtsbestand erfaßt sind, erfolgt durch gemeinsame deklaratorische Feststellung der Vertragsparteien.

Zu Artikel 14:

Die Geltungsdauer des Abkommens wird mit einem Jahr festgelegt, mit automatischer Verlängerung um jeweils ein weiteres Jahr. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate jeweils vor Ablauf der Gültigkeit des Abkommens.

Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens soll gleichzeitig das seinerzeit mit der Sozialistischen Volksrepublik Albanien geschlossene Handels- und Zahlungsabkommen für die Jahre 1986 bis 1990, das auf Grund automatischer Verlängerung noch in Geltung ist, seine Wirksamkeit verlieren.